



Hausärztliche
Praxis Britta Badenber
Fachärztin für Inner- und Allgemeinmedizin
fachgebundene Psychotherapie
Lönsberg 38
45136 Essen

Tel.: 0201 / 510044
Fax: 0201 / 510046
E-Mail: praxis@badenber.de

Essen 31.05.2026

Praxis Britta Badenber • Lönsberg 38 • 45136 Essen

Wahlkreisbüro
Matthias Hauer (MdB)
Blücherstraße 1
45141 Essen (im Bildungspark)

Betr: GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz: Ablehnung erforderlich zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in Essen

Sehr geehrter Herr Bundestagsabgeordneter Hauer,

als hausärztliche Praxis in Essen leisten wir täglich unseren Beitrag zur medizinischen Versorgung in unserer Region.

Wir sind auch grundsätzlich bereit, zukünftig im Rahmen der geplanten Primärversorgung eine zentrale Lotsenfunktion zu übernehmen, wie wir dies bereits seit Jahren erfolgreich praktizieren. Eine **gut koordinierte, hausärztlich gesteuerte und wohnortnahe Versorgung** halten wir medizinisch für sinnvoll und im Sinne einer effizienten Steuerung auch für notwendig.

Gleichzeitig wird sich jedoch die Versorgungslage der Essenerinnen und Essener in den nächsten Jahren **dramatisch zuspitzen**. Aufgrund des hohen Altersdurchschnitts der Hausärztinnen und Hausärzte in NRW ist davon auszugehen, dass in den nächsten 3–5 Jahren **rund 30 % der Kolleginnen und Kollegen** ihre hausärztliche Tätigkeit beenden werden.

Schon jetzt sind viele Praxen nach Ausscheiden des Inhabers nicht nachbesetzt.

Die Folgen wären gravierend: eine deutliche **Verschlechterung der wohnortnahen Versorgung**, eine spürbare **Mehrbelastung der Notaufnahmen** in den Essenern Kliniken sowie eine zunehmende **Überforderung der verbleibenden Praxen** vor Ort.

Mit großer Sorge beobachten wir zugleich die aktuellen politischen Entwicklungen, insbesondere die **geplanten Sparmaßnahmen, Mengengrenzungen und Deckelungen zu Lasten der ambulanten Versorgung** im Rahmen des **GKV-Beitragsstabilisierungsgesetzes** – und dies in einer Zeit, wo absehbar ist, dass durch die demographischen Entwicklungen, die geplante Notfallreform und die Einführung eines Primärarztsystems die Anforderungen an die Praxen noch steigen werden.

Wir sehen ausdrücklich die Notwendigkeit struktureller Maßnahmen zur Stabilisierung der GKV-Beiträge. Aber eine Reform, die **ausschließlich auf kurzfristige Sparmaßnahmen** statt auf eine **effektive Steuerung der Versorgung** setzt und **strukturelle Defizite** durch

Überlastung der Leistungserbringer und unvergütete Mehrarbeit zu kompensieren versucht, ist nicht zukunftsfähig und wird absehbar scheitern.

Eine solche Ausgestaltung werden wir in der ambulanten Versorgung nicht mittragen!

Sollte das GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz in der aktuellen Fassung beschlossen werden, sehen wir uns daher gezwungen, **klare Konsequenzen** zu ziehen:

Ab dem 01.01.2027 werden wir keine neuen Patientinnen und Patienten mehr aufnehmen können.

Die Gesamtbetriebskosten unserer Arztpraxis sind in den letzten fünf Jahren deutlich gestiegen, während die Honorareinnahmen damit bei weitem nicht Schritt gehalten haben. Wenn unter diesen Bedingungen zusätzliche Kostendeckelungen beschlossen werden und die Behandlung zusätzlicher Patientinnen und Patienten nicht refinanziert wird, ist eine **Ausweitung der Patientenversorgung** für unsere Praxis **wirtschaftlich nicht tragfähig**. Die Ressourcen der Praxis sind erschöpft.

Bitte bedenken Sie, dass 97 % der ärztlichen Behandlungen im ambulanten Setting in unseren Praxen stattfindet und für diese organfachärztliche und hausärztliche Behandlung lediglich 16% der GKV-Ausgaben aufgewendet werden. Der ambulante Bereich aber mit über 36 % einen überproportionalen Sparbeitrag in dem von Frau Warken vorgelegten Gesetzesentwurf einnimmt. Damit werden sehr kostengünstige, effiziente Strukturen zerstört!

Die Praxen haben seit Jahrzehnten durch ungerechte Budgetierung und Leistungstreihungen schon einen enormen Beitrag zur Aufrechterhaltung des ineffektiven Gesundheitssystem beigetragen.

Wir sind daher nicht bereit, entstehende Versorgungslücken aufzufangen.

Sehr geehrter Herr Hauer Sie tragen als gewählter Abgeordneter **Verantwortung für Ihren Wahlkreis**. Die Konsequenzen der aktuellen gesundheitspolitischen Entscheidungen werden bereits **innerhalb Ihrer Legislaturperiode für die Essener Bevölkerung spürbar sein**.

Wir bitten Sie daher eindringlich, die konkreten regionalen Auswirkungen bei Ihrer Entscheidung zu berücksichtigen und dem GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz in der vorliegenden Form **nicht zuzustimmen**.

Unsere Berufsverbände stehen jederzeit für einen konstruktiven Dialog zur Verfügung. Bitte setzen Sie sich für Rahmenbedingungen ein, die eine **Ausweitung und Sicherung der hausärztlichen Versorgung ermöglichen – und nicht deren Begrenzung!**

Mit freundlichen Grüßen

Britta Badenber